

Ein Lagebericht über Tirol von Ende Mai 1945

Im Folgenden wird das Dokument, das im Original 15 Seiten umfasst, in voller Länge und – bis auf eine Ausnahme – buchstabengetreu wiedergeben. Der Verfasser des Lageberichts benutzte eine Schreibmaschine, die kein „ß“ hatte. In der Transkription werden daher zum besseren Verständnis Wörter mit Doppel-S gemäß den Regeln der neuen Rechtschreibung mit „ss“ oder „ß“ geschrieben:

Politischer Lagebericht für die Zeit vom 3. bis 26. Mai 1945.

I. Die Verhältnisse kurz vor dem Einmarsch der alliierten Truppen:

Das Leben in Innsbruck und in dem der Besetzung harrenden Teil Tirols stand schon seit dem 1. Mai in ständig sich steigendem Maße unter dem Eindruck des völligen Zerfalls einer Staatsordnung, die tief in das Leben des Einzelnen eingegriffen hatte. Zwar gab es noch immer einzelne Menschen, die an ein Wunder glaubten und die die Tatsachen nicht wahrhaben wollten. Die große Masse aber sah den Zusammenbruch der Naziherrschaft, der in seiner Endphase spätestens mit dem Rheinübergang begonnen hatte, nun unmittelbar vor Augen. Die Frage, die alle Menschen beschäftigte, war nur die, ob die Nazi wirklich den alliierten Truppen in Tirol noch Widerstand leisten werden und in welchem Maße die Bevölkerung durch den Kampfverlauf betroffen werden wird. Während Unruhe und Nervosität sich ständig steigerten und zahllose teils widersprechende Gerüchte die Stimmung der Bevölkerung noch verwirrten, zerfielen die letzten Reste des staatlichen Machtapparates immer mehr. Während viele Leute noch davor zitterten das Letzte zu verlieren, was ihnen 5 1/2 Jahre Krieg noch an Eigentum belassen hatte, während führende oder belastete Nazi durch die Flucht vor den heranrückenden alliierten Truppen ihr Leben zu retten versuchten, gingen andere Leute daran, aus Wehrmachts- und sonstigen öffentlichen Beständen an sich zu raffen, was sie erlangen konnten. Die hauptsächlich aus alten Reservisten zusammengesetzte Polizei war nur teilweise in der Lage, größere Plünderungen zu verhindern. In den Zentralstellen des staatlichen und des Parteiapparates war man aber nur damit beschäftigt, wichtige Aktenstücke, Dokumente und Karteien zu vernichten. Von einer Lenkung des wirtschaftlichen und sozialen Lebens war keine Rede mehr.

Inzwischen traten die zahlreichen kleinen Gruppen von Anhängern des Widerstandes gegen die Naziherrschaft, die sich bis dahin verborgen halten mussten und untereinander nur sehr wenig Verbindung halten konnten, hervor, vereinigten sich zum Teil zu einzelnen Aktionen, besetzten Kasernen, versuchten der im Westen von Innsbruck stehenden noch kämpfenden Truppe in den Rücken zu fallen, um den Einmarsch der Alliierten zu erleichtern. In Innsbruck war die Besetzung des Landhauses der symbolische Akt dieser Bewegung, die von diesem Augenblick an als politischer Faktor in Erscheinung trat. Die Führer der alten politischen Parteien, der Tiroler-Volkspartei und der sozialdemokratischen, hatten schon in den letzten Wochen vor dem Zusammenbruch Verbindung aufgenommen und im kleinsten Kreis beraten, wie sie an der Gestaltung des öffentlichen Lebens nach der Besetzung mitarbeiten konnten. Die Anhänger der alten Parteien steckten zu einem Teil in den Zellen der Widerstandsbewegung. Als nun am 3. 5. die Freiheitsbewegung öffentlich hervortrat, konnte von einem organisatorischen Gefüge dieser Bewegung noch nicht die Rede sein. Die unterirdische Vorarbeit, durch die Gestapo immer wieder gestört, war noch nicht so weit gediehen. Erst die am 3. 5. erfolgte Bildung des Ordnungsausschusses der Widerstandsbewegung, in welchem neben Anführern der zwei alten Parteien, der Christlichsozialen und Sozialdemokraten, auch ein Kommunist und mehrere im Jahre 1938 aus dem Staatsdienst entlassene Beamte waren, erhielt die Freiheitsbewegung ein Organ, das sich zu einem tauglichen Mittel für den ersten Wiederaufbau einer staatlichen Ordnung entwickeln konnte. Um

diesen Ausschuss herum gruppierte sich eine organisatorisch nicht erfasste, nur durch persönliche Bekanntschaften zusammengeführte Masse von Anhängern, die im ersten Ausweitungsbestreben alles an sich zog, was sich herandrängte, ohne prüfen zu können, ob das Motiv für die Annäherung im Einzelfalle auch wirklich rein war, eine Tatsache, die späterhin Quelle mancher Schwierigkeiten werden musste.

II. Die Lage von heute:

1. Ordnung und Sicherheit

Die alliierten Truppen haben das Land besetzt, die Besetzung ist verhältnismäßig glatt vor sich gegangen, von größeren Kämpfen ist hier nichts bekannt geworden. Ob und in welchem Maße sich in den Bergen noch versprengte Teile der deutschen Wehrmacht oder der Waffen-SS befinden, ist nicht bekannt. Einzelne Einbrüche in Almhütten in der Umgebung Innsbrucks deuten jedoch darauf hin. Militärisch ist Ruhe in das Land gezogen. Die Sicherheit seiner Bewohner ist nicht mehr bedroht durch kriegerische Kampfmittel. In jenen Teilen des Landes, in welchen sich keine sogenannten Ostarbeiter und russischen Kriegsgefangenen befinden, kann auch die persönliche Sicherheit und die des Eigentums als völlig wiederhergestellt bezeichnet werden. Dagegen ist es in Innsbruck noch nicht gelungen, die hier in der Stadt oder in ihrer nächsten Umgebung zusammenströmenden Ostarbeiter und ehemaligen russischen Kriegsgefangenen von Plünderungen und Diebstählen abzuhalten. Der Innsbrucker-Polizeibericht enthält täglich zahlreiche Meldungen, nach welchem Diebstähle aller Art, Räubereien und Einbrüche in öffentliche und private Lager zumeist von „Ostarbeitern“ verübt werden. In wenigen Einzelfällen nur konnten die Täter festgenommen werden. Meistens gelingt es ihnen leicht, mit Gewaltdrohung und Gewaltanwendung Zivilisten und unbewaffnete eigene Polizei zu überwältigen, um ihre Raubzüge durchzuführen, ohne festgestellt und dem Militärgericht vorgeführt werden zu können.

2. Öffentliche Verwaltung

Die öffentliche Verwaltung ist von der Militärregierung für Tirol übernommen worden. Diese hat den Vorsitzenden des Ordnungsausschusses der österreichischen Widerstandsbewegung, Dr. Ing. Gruber, zum Landeshauptmann von Tirol bestimmt. Damit ist wenigstens der Leiter der Zivilverwaltung des Landes ernannt und diese kann nun nach den von der Militärregierung gegebenen Anordnungen mit dem Wiederaufbau der staatlichen Organisation beginnen, wobei die österreichische Staatsverwaltung vor dem März 1938 als bewährtes Vorbild gelten kann.

Allerdings wird die Arbeit der Zivilverwaltung des Landes noch große Schwierigkeiten zu überwinden haben. Die völlige Stilllegung des Fernsprech- und Postverkehrs beeinträchtigt das Funktionieren der Verwaltungsmaschine in hohem Maße, verhindert fast völlig eine Beeinflussung der Verwaltung in den Bezirken (Landkreisen), wo bisher sehr verschiedentlich und nur aufgebaut auf das Einvernehmen zwischen örtlichen militärischen Kommandanten und einzelnen Personen der Widerstandsbewegung eine Art von provisorischer Verwaltung zustande gekommen ist: Ob und in welchem Maße die Militärregierung von Tirol auf die örtlichen Kommandanten der Truppe in den Landkreisen schon Einfluss nimmt, ist mir nicht bekannt. Sicher ist, dass ein ordnungsmäßiges Funktionieren der Verwaltung erst eintreten kann, wenn die zentrale Lenkung derselben sowohl bei der Militärregierung wie auch beim Landeshauptmann sichergestellt ist.

Zur Zeit ist es noch so, dass z.B. in Reutte, in Kufstein, in Kitzbühel und in Schwaz Personen zum Bezirkshauptmann bestellt worden sind, weil sie sich gegenüber den örtlichen amerikanischen Truppenkommandanten als Führer der Widerstandsbewegung bekanntgemacht haben. Dabei bringen diese Leute gar nicht die fachlichen Voraussetzungen mit, die für die Besetzung eines so wichtigen Verwaltungspostens erforderlich sind.

In vielen Orten sind Männer zum Bürgermeister gemacht worden, weil sie dem Ortskommandanten als geeignet erschienen. Dabei haben die Truppen-Offiziere – was man ihnen nicht zum Vorwurf machen kann – auf die Meinung der Bevölkerung und auf die politische Zusammensetzung der Bevölkerung gar keine Rücksicht genommen. In

manchen Orten sind sogar noch immer jene Leute als Bürgermeister im Amt, welche in der nationalsozialistischen Zeit Bürgermeister waren, also zuverlässige Nationalsozialisten gewesen sein müssen.

In dieser Beziehung werden etliche Maßnahmen der örtlichen Truppenkommandanten einer Korrektur bedürfen, ehe die Zivilverwaltung des Landes richtig funktionieren kann.

Das größte Hindernis für eine erfolgreiche Tätigkeit der Verwaltung ist das Fehlen jeglicher Verbindung zwischen ihr und der Bevölkerung. Eine demokratische Verwaltung kann nur funktionieren, wenn das Volk mithilft; dazu ist notwendig, dass der Landeshauptmann und seine Mitarbeiter durch Presse und Rundfunk, durch amtliche Bekanntmachungen und Anordnungen der Bevölkerung sagen können, was notwendig ist. Es genügt nicht, etwas zu verfügen, man muss dem Volk auch sagen, warum verfügt worden ist. Zulassung eines Rundfunks und Zulassung amtlicher Bekanntmachungen sind deshalb die wichtigsten Voraussetzungen jeder modernen Verwaltungsarbeit.

3. Ernährung und Wirtschaft

Bald nach dem Einzug der alliierten Truppen haben sich in Innsbruck Schwierigkeiten in der Ernährung bemerkbar gemacht. Es fehlte oft tagelang an Fleisch. Brot konnte nicht in genügendem Maße erzeugt werden und Kartoffel sind fast überhaupt nicht erhältlich. Indessen ist es bisher gelungen, diese Schwierigkeiten noch immer wieder zu überbrücken, um den dringendsten Bedarf an Fleisch und Brot zu decken. Eine Aktion zur Beschaffung einer größeren Menge Kartoffel ist zur Zeit im Gange. Hoffentlich gelingt es, die kritische Zeit bis zur nächsten Ernte zu überwinden; es wird nur möglich sein, wenn die Militärregierung die Anstrengungen der Zivilverwaltung unterstützt. Auf dem Lande außerhalb Innsbruck ist die Ernährungslage im allgemeinen günstiger und örtliche Schwierigkeiten können leichter beseitigt werden.

Die gesamte Wirtschaft steht im Zeichen des völligen Produktionsausfalles in der Industrie, des Warenmangels im Handel und des Mangels an Arbeitskräften in der Landwirtschaft.

4. Finanzen

Die Finanzlage ist gekennzeichnet durch das augenblickliche Fehlen jeglicher Einnahmen. Wohl bestimmt Erlass Nr. 1 der Militärregierung Österreich, dass die Gesetze des deutschen Reiches, soweit es nicht ausdrücklich anders bestimmt ist, vorläufig weiter gelten, was auch auf dem Gebiet der Steuern gelten müsste. Da aber das Oberfinanzpräsidium auch keine Möglichkeit hat, mit den Finanzämtern außerhalb Innsbruck in Verbindung zu treten, da Anordnungen und Verlautbarungen nicht erfolgen können, besteht keine Möglichkeit, der Bevölkerung zu sagen, welche Steuerpflichten zu erfüllen sind. Die Stilllegung des Postverkehrs hat zur Folge, dass keine Steuereinzahlungen erfolgen können, welche über Postsparkassen oder Banken erfolgten.

Entscheidend für die Finanzlage ist auch, dass in keiner Weise der Bevölkerung erklärt wurde, welche grundlegenden Absichten betr. den Reichsmarknotenumlauf bestehen. Dies hat zur Folge, dass die Bevölkerung, welche in den ersten Monaten d.J. schätzungsweise 200.000.000.— RM von den Banken abgehoben hat, das Bargeld weiterhin bei sich behält. Wohl sind seit dem 3.5. größere Abhebungen nicht mehr erfolgt, andererseits aber ist ein Rückfluss von Spareinlagen zu den Geldinstituten kaum zu verzeichnen. Da Militärschillinge bisher nicht zur Ausgabe gelangten, wird der Bargeldbedarf der öffentlichen Verwaltung und der Privatwirtschaft zum 1.6. d.J. nur mit Schwierigkeiten zu decken sein.

Eine Aufklärung der Bevölkerung über die finanziellen Absichten der Militärregierung wäre dringend notwendig.

5. Arbeitseinsatz und Wiederaufbau

Ein Großteil der notwendig zu leistenden Arbeit ist in Tirol in der letzten Zeit vor Kriegsende mit ausländischen Zwangsarbeitern bewältigt worden. Mit dem Einmarsch der alliierten Truppen vom Zwange befreit, haben die meisten dieser Arbeitskräfte die Arbeit eingestellt, das Land verlassen oder erwarten ihren Abtransport in die Heimat. Der Großteil der friedensmäßigen Arbeitskräfte ist aus dem Kriege noch nicht heimgekehrt, befindet sich irgendwo in Kriegsgefangenschaft und kommt für die nächste Zeit nicht in Betracht. Soweit einheimische Arbeitskräfte in der Kriegsindustrie beschäftigt waren, sind es hauptsächlich dienstverpflichtete Frauen gewesen, die den völligen Mangel an Schwerarbeitern auch nicht zu einem Bruchteil ausgleichen können. Auf zwei Gebieten ist aber baldiger Einsatz von zahlreichen Arbeitskräften vordringlich, in der Landwirtschaft und im Wiederaufbau (Beseitigung der Kriegszerstörungen). Die Anwendung von Zwangsmitteln bei der Lenkung dieses vordringlichen Arbeitseinsatzes ist unerlässlich. Es wird insbesondere notwendig sein, zum Wiederaufbau im Wege der Zwangsverpflichtung jene Leute heranzuziehen, die politische Stützen der nationalsozialistischen Herrschaft waren und unter dieser Herrschaft besonders profitiert hatten.

6. Kulturelles

Im letzten Jahre der nationalsozialistischen Herrschaft hat das Kulturleben einen bisher noch nie dagewesenen Tiefstand erreicht. In den ersten Wochen der Befreiung ist ein Wiederaufleben kultureller Erscheinungen noch nicht zu verzeichnen.

7. Wohnungsnot

Auf dem offenen Lande von untergeordneter Bedeutung, für Innsbruck aber das schwierigste Problem der nächsten Jahre, das zur Zeit und in den nächsten Monaten alle anderen Fragen im Bereich der Stadtverwaltung verdrängen wird, ist die Wohnungsnot. Die bereits einsetzende und demnächst noch steigende Rückwanderung der aus Angst vor den Bombenangriffen in die kleinen entlegenen Dörfer abgewanderten Innsbrucker, deren Wohnungen inzwischen mit ausgebombten Familien besetzt worden sind, muss eine Krise schaffen, die nur durch raschen Abtransport der erst unter der Naziherrschaft hier zugewanderten Reichsdeutschen gemildert werden könnte. Im übrigen ist die endgiltige Lösung dieses Wohnungsproblems abhängig vom Einsatz der Arbeitskräfte und vor allem von der Beschaffung der Baustoffe.

III. Politische Parteien und die Widerstandsbewegung

1. Von den alten politischen Parteien bis zum Jahre 1934 standen im politischen Leben Tirols zwei Parteien im Vordergrund.

a) Die Tiroler Volkspartei, ein Teil der christlich-sozialen Partei Österreichs, die im letzten Landtag von Tirol nicht ganz 2/3 der Sitze innehatte. Sie ist die politische Vertretung der Bauern und des konservativen Bürgertums. Sie beherrschte die Landesverwaltung in allen ihren Zweigen, behielt und verstärkte ihren Einfluss auch noch in den Jahren 1934 bis 1938, weil die Christlichsozialen damals zahlenmäßig und in Tirol auch machtmäßig die stärksten Träger der vaterländischen Front waren, wogegen eine Opposition faktisch nicht bestand.

b) Die sozialdemokratische Partei, im letzten Landtag des Winters 33/34 mit 8 Sitzen vertreten, war die politische Vertre(t)ung der industriellen und gewerblichen Arbeiter. Die Partei wurde in ganz Österreich im Februar 1934 verboten, verlor damit den Einfluss auf die Führung des Landes, ihre führenden Personen wurden schon damals für einige Zeit verhaftet und im Jahre 1938 dann von den Nazis abermals schwer verfolgt. Während bei der Tiroler Volkspartei die Frage der Führung noch nicht völlig klar gestellt ist, erscheint bei den Sozialdemokraten bei ihrer bereits erfolgten Wiedergeburt der Parteiführer des Jahres 1934, Landtagsabgeordneter Franz Hüttenberger, wieder an der Spitze.

Sowohl die Tiroler Volkspartei wie auch die Sozialdemokraten werden bei einer freien demokratischen Wahl bestimmt wieder zur Geltung kommen. Ob und wie weit sich ihre Anhängerschaft inzwischen verstärkt oder vermindert hat, lässt sich genau natürlich nicht übersehen.

Zu den alten Parteien tritt neu die kommunistische Partei, die bis zum Jahre 1934 in ganz Österreich und damit auch in Tirol gar keine Rolle gespielt hat und über vereinzelte Anhänger nie hinausgekommen war. Die weltpolitischen Veränderungen aber haben diese Partei stark emporgehoben und werden ihre Anhängerschaft auch in Tirol in beachtlicher Zahl erscheinen lassen. Von dem allgemein bei freien Wahlen zu erwartenden Ruck nach links werden die Kommunisten bestimmt gewinnen, zumal ihre Vertreter sehr aktiv sind. Als Führer der Partei tritt der ehemalige Redakteur Karl Ronczay hervor.

2. Widerstandsbewegung

Soweit in der Widerstandsbewegung die Anhänger der alten Parteien und der Kommunisten tätig waren, haben sie sich nach dem 3.5. mehr und mehr wieder ihren früheren Parteien zugewendet und arbeiten am organisatorischen Wiederaufbau dieser Parteien. Ungeklärt ist noch, was mit jenen Menschen in der Widerstandsbewegung geschehen wird, die vor der Naziherrschaft nicht oder nur lose parteipolitisch gebunden waren. Werden diese Leute, unter ihnen sehr viele jüngere Menschen, die im Jahre 1933 bei den letzten demokratischen Wahlen noch gar nicht wahlberechtigt waren, aus den Resten der Widerstandsbewegung eine neue Partei machen, oder werden sie in den anderen 3 Parteien aufgehen? Einige führende Männer der Bewegung dachten und denken auch heute noch daran, eine über den Parteien stehende Organisation zu schaffen, die Ausdruck des Gesamtwillens der Tiroler Bevölkerung sein soll. Eine derartige überparteiliche Vereinigung findet aber keinen Anklang bei den festen Anhängern der alten Parteien. Die konservativen Bauern werden an ihrer früheren Interessenvertretung im wesentlichen festhalten. Für sie hat die Widerstandsbewegung mit der Beseitigung der Naziherrschaft ihren Sinn verloren. Ebenso ist es bei der Arbeiterschaft, für die eine überparteiliche Organisation noch aus den Jahren 1934 bis 1938 in schlechtem Ruf steht. Die vaterländische Front jener Zeit nannte sich auch eine überparteiliche Vereinigung aller Österreicher und war doch nur eine Vertretung der konservativen Elemente, dazu noch eine autoritäre, vielfach in faschistischen Erscheinungsformen und ideologisch eine Schrittmacherin des Nationalismus. Damit will die Arbeiterschaft – ganz abgesehen von gewissen, aber nicht bedeutungsvollen monarchistischen Erscheinungen in der Widerstandsbewegung – nichts zu schaffen haben.

Wenn die parteipolitisch nicht gebundenen oder ihre früheren Bindungen abstreifenden Führer der Widerstandsbewegung versuchen sollten, sich als 4. Partei in Tirol zur Geltung zu bringen, dann besteht hier die Gefahr, dass diese Partei – zwischen rechts und links – zu einem Sammellager der politisch obdachlos gewordenen Nationalisten und damit zu einem Unterschlupf der Nazi wird, zumindest zu einer Plattform für die Verfechter und Anhänger autoritärer und faschistischer Ideen. Was bei der klerikal orientierten Tiroler-Volkspartei einerseits, bei den Sozialisten beider Richtungen andererseits nicht Anlehnung finden will, würde sich in diese neue Partei flüchten und hier politischen Einfluss zu erlangen suchen.

Es ist nicht zu leugnen, dass schon kurz vor dem Zusammenbruch des Naziregim(e)s und kurz danach frühere eifrige Parteigänger Hitlers in die Widerstandsbewegung Eingang gesucht und gefunden haben. Manchen von diesen „bekehrten“ Nazis mag es ernst sein um die Abkehr vom Hitlerismus und Faschismus. Manchen anderen aber geht es zweifellos nur darum, bei der Verteilung von Ämtern und Posten mit dabei zu sein. Diese Letzteren rechtfertigen das Misstrauen, das allen ehemaligen Nazis von den wirklich und immer österreichisch und antifaschistisch eingestellten Menschen entgegengebracht wird.

Diese Betrachtungen über die derzeitige und nächste Entwicklung des parteipolitischen Lebens gelten natürlich nur für die Verhältnisse im Lande Tirol, wie sie sich zur Zeit abzeichnen. Für die endgültige Gestaltung wird es natürlich von entscheidendem Einfluss sein, wie sich die politischen Verhältnisse in ganz Österreich entwickeln werden, was heute und von hier aus noch nicht klar erkennbar ist.

Für die spätere Entwicklung zwar wahrscheinlich ohne Bedeutung, für den Augenblick aber doch noch der Erwähnung wert, ist die Haltung der eingefleischten Nazis. Nachdem sie den ersten Schrecken überwunden haben und feststellen konnten, dass man mit ihnen nicht so summarisch verfährt, wie dies Hitler im Jahre 1933 in Deutschland und 1938 in Österreich mit den politischen Gegnern getan hat, schöpfen sie wieder Mut und Zuversicht, freuen sich über die Schwierigkeiten, denen sich die Führer der aufbauwilligen Österreicher nun gegenübersehen und ergehen sich in Äußerungen, dass die Nazis bald wieder die Oberhand gewinnen werden. Man braucht solchen Äußerungen keine besondere Bedeutung beimessen, darf dabei aber nicht übersehen, dass in der Bevölkerung solche Äußerungen einigen Anklang und mitunter auch Glauben finden, weil sich die Masse mit der faschistischen Methode, politische Gegner schlagartig zu beseitigen, im Laufe der vielen Jahre derart vertraut gemacht hat, dass sie das Verfahren der Besatzungsbehörden gegenüber den Nationalisten nicht versteht. Dass sich hier nicht um ein Ausrottungs-, sondern um ein Erziehungsproblem handelt, das klar herzustellen wird eine Aufgabe der noch nicht in Erscheinung getretenen Propaganda sein.

IV. Stimmung der Bevölkerung

Der Einzug der alliierten Truppen in Tirol hat der Bevölkerung nicht nur die Beseitigung der Kriegsfurie, sondern auch die Befreiung von einer langen und drückenden Fremdherrschaft gebracht. Das Land hat unter den letzten Kämpfen nur wenig gelitten, die Besetzung war im wesentlichen friedlich verlaufen. Die schier unerträgliche Spannung der letzten Tage des Krieges ließ nach und die einziehenden alliierten Truppen wurden als Friedensbringer herzlich willkommen geheißen. Die verschiedenen Erscheinungen in der militärischen Besetzung, die dem Lande unbekannt waren, bedeuteten zwar vielfache neue Belastungen, doch setzte sich nach der ersten Bestürzung der gesunde Sinn durch und auch die von Einquartierungen und ähnlichen Lasten Betroffenen finden sich wieder zurecht. Viel deprimierender ist der Eindruck der völligen Machtlosigkeit gegen die plündernden und stehlenden Ostarbeiter, die hauptsächlich am Stadtrand ihr Unwesen fast ungehindert treiben. Da ohnedies die Bevölkerung ernstliche Sorgen um die Ernährung hat, bilden Lagerplünderungen durch die Ostarbeiter einen häufigen Gesprächsstoff der Einheimischen.

Ernsthafte Schwierigkeiten bereiten der Bevölkerung die auferlegten Verkehrsbeschränkungen bei den Beziehungen zwischen Stadt und Land, die sehr innig waren und, weil die in der letzten Zeit des Krieges eingetretene Stadtfucht durch die lange Verkehrsstilllegung vielfache Komplikationen zur Folge hat. Wohnungsnot, Telefonsperre, Postsperre, Verkehrsschwierigkeiten und dergleichen bilden Gesprächsstoffe und beeinflussen die Stimmung. Der Abtransport der Ostarbeiter und der Reichsdeutschen wird dringend gewünscht.

Das Fehlen von Rundfunk, Presse und amtlichen Verlautbarungen lassen die Bevölkerung im unklaren über die Gründe von Maßnahmen, welche die Militärregierung verhängt hat. Sie erfährt nichts über die Entwicklung in dem von den Westmächten besetzten Teil Österreichs. Auch die englischen und amerikanischen Sender, die früher vielfach abgehört wurden, ja selbst die österreichische Sendung aus Paris bringen nichts, was der Bevölkerung einen Blick in die nächste Zukunft eröffnen würde. Der einzig funktionierende Sender ist aus Graz zu vernehmen; er berichtet von Aufbaumaßnahmen, vom Funktionieren der Verwaltung und Veranstaltungen aller Art. Der Sender Graz wird deshalb auch hier gerne gehört, er bringt positive Nachrichten und diese werden von der Bevölkerung verglichen mit all dem, was hier noch fehlt und noch nicht geschehen ist.

V. Verhältnis zwischen Besatzungstruppe und Bevölkerung

In den ersten Tagen der Besetzung wurde zwar in der Bevölkerung darüber geklagt, dass amerikanische Soldaten sich willkürlich Uhren, Schmuckgegenstände, Fotoapparate, Rundfunkempfänger angeeignet haben, doch sind diese Erscheinungen bei einer militärischen Besetzung durch Fronttruppen nicht außergewöhnlich. Zur Zeit verzeichnet der tägliche Polizeibericht derartige willkürliche Aneignungen nur noch selten. Ebenso sind in den ersten Tagen der

Besetzung einige Frauenvergewaltigungen gemeldet worden, in den letzten Wochen hat sich derartiges nicht mehr ereignet. Von solchen einzelnen Übergriffen von Angehörigen der Besatzungstruppe abgesehen, ist das Verhalten der Truppe gegenüber der Bevölkerung korrekt, in kleineren Orten, wo der Kontakt naturgemäß enger ist als in den Städten, sogar freundlich.

Die Einstellung der Bevölkerung zur Truppe würde noch freundlicher werden, wenn man in Presse und Rundfunk der Bevölkerung ein objektives Bild der Lage vermitteln könnte. Das Schlimme spricht sich von selbst herum, das Gute muss betont werden.

(Dr. Winter)

Diese luzide Analyse aus den späten Maitagen des Jahres 1945, welche das Chaos und die drückenden Probleme der ersten vier Friedenswochen erahnen lässt, soll als zeitgenössisches Dokument für sich sprechen. Wir werden es daher nicht näher kommentieren, sondern lediglich durch einige Hintergrundinformationen ergänzen. Geplant und beabsichtigt war, dass die US-Army von Italien aus, wo sich deren 5. Armee verkämpfte, nach und über Tirol vorstoßen sollte. Es kam anders. Die in Verhandlung stehende Kapitulation der in Oberitalien kämpfenden Heeresgruppe C zögerte sich hinaus und die Amerikaner wollten die „Alpenfestung“, jenes militärische Residuum für Hitler-Deutschland, das sich als Propaganda-Schimäre erweisen sollte, knacken und daher ließ General Eisenhower die 7. Armee über Baden-Württemberg Richtung Bayern und Westösterreich abschwelen. Ende April standen ihre Truppen an der Westgrenze Tirols und griffen in drei Keilen an: die 44. Infanteriedivision und die 10. Panzerdivision über den Fernpass, die 103. Infanteriedivision über Scharnitz, die 36. Infanteriedivision über Kufstein und den Achenpass. Obgleich sich reguläre Truppen der Deutschen Wehrmacht in Tirol befanden, ebenso Kontingente der 1. und 19. Armee, die sich auf ihrem Rückzug hierher geflüchtet hatten, und Standschützen und Hitlerjugend als Volkssturm aufgeboten wurden, trafen die amerikanischen Kampfverbände auf wenig ernsthafte Gegenwehr. Angesichts der Aussichtslosigkeit der Lage verzichtete die militärische und politische Führung auf einen blutigen „Endkampf“, zumal durch die Kapitulation der Heeresgruppe C in Italien am 29. April die deutsche Südfront zusammengebrochen war. Am 2. Mai, vier Tage nachdem sie Tiroler Boden betreten hatten, standen die Speerspitzen der 103. Infanteriedivision wenige Kilometer westlich von Innsbruck. Diesen Umstand ausnützend, im Einverständnis und mit stiller Hilfe von Militär und Polizei, und da obendrein Reichsstatthalter und Gauleiter Franz Hofer auch im eigenen Interesse nicht gewillt war, seinen Durchhalteparolen irgendwelche Taten folgen zu lassen, gelang es der von Dr. Karl Gruber geführten Widerstandsbewegung vom 2. auf den 3. Mai in Innsbruck die neuralgischen Punkte handstreichartig zu besetzen, so dass sich den gegen Abend des 3. Mai friedlich in die Stadt einrückenden US-Soldaten ein jubelndes und notdürftig rot-weiß-rot beflaggtes, jedenfalls schon befreites Innsbruck präsentierte. Mit dem Krieg war es damit noch nicht vorbei. Im Unterland gab es noch vereinzelt militärische Geplänkel, erst mit 6. Mai waren alle Kampfhandlungen eingestellt.

Der Innsbrucker Einsatz sollte sich lohnen. Das eilends zusammengestellte kollektive Führungsorgan der Widerstandsbewegung, der Exekutivausschuss, wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht als heimischer Ansprechpartner angenommen und mit bescheidenen Regierungsfunktionen betraut. Am 23. Mai wurde Karl Gruber von der

amerikanischen Militärregierung als provisorischer Landeshauptmann eingesetzt, dem seit 6. Juni eine ebenso provisorische Landesregierung zur Seite trat, deren Personal sich großteils aus den Reihen der Widerstandsbewegung rekrutierte, wobei ein gewisser Proporz zwischen Christlichsozialen, Sozialisten und Kommunisten berücksichtigt wurde.

Entgegen ihrem Usus waren die Amerikaner auf Tirol schlecht vorbereitet. Jene Stäbe der Militärregierung, die mit den Tiroler Gegebenheiten vertraut gemacht und eigens geschult worden waren, hier sicherheitspolizeilich zu agieren und eine zivile Verwaltung aufzubauen, steckten bei der 5. Armee fest und konnten erst Ende Mai losgeeist werden. Bis dahin werkten in Innsbruck US-Stäbe, deren Einsatz im Rahmen der 7. Armee im Raum Stuttgart vorgesehen war und die sich erst mühsam zurecht finden mussten. Ein Kennzeichen der ersten Nachkriegsmonate war die Isolation, nach außen wie nach innen. Gegenüber der in Wien amtierenden provisorischen Staatsregierung, die am 27. April die Selbständigkeit Österreichs proklamiert hatte, war Tirol wie andere österreichische Länder, die nicht in der sowjetischen Besatzungszone lagen, bis in den Herbst 1945 hinein abgeschottet. Der Arm Grubers und seiner Regierungsmannschaft reichte vorerst nicht weit über Innsbruck hinaus, jede Region und jede Gemeinde schaute mit Hilfe der lokalen US-Befehlshaber selbst über die Runden zu kommen. Es bildeten sich kleine und große autarke „Reiche“, die sich dem zentralen Zugriff vorerst entzogen. (Es ist kein Zufall, dass im „politischen Lagebericht“ der Informationsstand nicht weit über Innsbruck hinausreicht.) Aus Angst vor nationalsozialistischen Konspirationen ergriffen die Amerikaner Maßnahmen, welche die Isolation verschärften, indem sie den regionalen Rundfunk abschalteten, das Erscheinen von Zeitungen unterbanden und den öffentlichen Telefon- und Postverkehr einstellten. Allerorts wurden aus Sicherheitsgründen Ortssperren errichtet, die nur mittels Passierscheinen überwunden werden konnten. Im Land ging die Angst um, die Angst vor dem Hunger, eine Angst, die individuelle und kollektive Egoismen schürte. Tirol war überschwemmt mit Menschen, weit über 100.000 waren es, die der Krieg hier hatte stranden lassen: Flüchtlinge aus Deutschland, das als Herkunftsbezeichnung das vorübergehende „Altreich“ wieder ablöste, Flüchtlinge aus den „volksdeutschen“ Gebieten, Flüchtlinge aus den östlichen österreichischen Bundesländern, dazu Zwangsarbeiter aus aller Herren Länder, vor allem aus Polen und der Sowjetunion, wobei letztere unter dem Nationalsozialismus als „Ostarbeiter“ kategorisiert worden waren, alliierte Kriegsgefangene und deutsche Kriegsgefangene. Zudem beherbergte Tirol an die 38.000 Südtiroler, die im Zuge der Option ausgewandert waren. Indem sie diese „landfremden“ Massen, die von den Einheimischen als Belastung empfunden wurden, ernährten und deren Rückführungen oder Repatriierung einleiteten, stellten die Amerikaner ihre beachtlichen organisatorischen Talente unter Beweis. Problematisch, wenn auch verständlich war eine weitere Maßnahme der amerikanischen Besatzungsmacht, nämlich die österreichischen Polizisten und Gendarmen zu entwaffnen. Weggeworfene Waffen gab es zu Hauf in diesem Land und vor allem Menschen, die angesichts einer zusammenbrechenden Versorgung verzweifelt ihren Lebensunterhalt zu bestreiten suchten, sich – die Gunst der Stunde nutzend – bereichern oder nur ihr Mütchen kühlen wollten. Die amerikanische Militärpolizei war ohnedies damit ausgelastet, die „gefährlichen“ Nationalsozialisten zu verhaften, wobei sie, da es anfangs am Überblick und an konkreten personellen Informationen fehlte, recht schematisch vorging und auf Grund der „automatic-arrest-list“ die ehemaligen NS-Parteifunktionäre aussiebte und festnahm. Daraus resultierte eine vergleichsweise hohe Verhaftungsquote, geschätzte 2500 Personen wurden verhaftet und interniert. Währenddessen machten sich auf österreichischer Seite zahllose Säuberungsausschüsse an die Arbeit, aus dem öffentlichen Bereich die NS-Parteigänger zu entfernen.

Die US-Besatzungsmacht machte Fehler, die ihrem Misstrauen, falschen Einschätzungen und der Siegerlaune entsprangen. Alles in allem aber hatte Tirol ihr viel zu verdanken, dass sich die verworrene Situation normalisierte und stabilisierte. Das größte ihrer Verdienste war, dass sie kräftig dabei aushalf, die Bevölkerung zu ernähren und zu versorgen. Ein Geheimnis wurde erst im letzten Moment gelüftet: Die Zeit der Amerikaner als Besatzer in Tirol war bemessen. Sie sollten, wie erst im Spätwinter 1945 vereinbart, in dieser Funktion den Franzosen weichen. Am 10. Juli übernahm Frankreich, zu dessen Besatzungszone in Österreich bislang nur das von ihm freigekämpfte Vorarlberg zählte, das Kommando in Tirol. Die Tiroler sahen die US-Truppen mit Wehmut ziehen, denn mit ihnen ging auch die erhoffte materielle Hilfe der mächtigen und reichen USA verloren. Das Kommen der Franzosen löste Beklommenheit aus. Die Siegermacht stammte aus einem ausgepowerten Land, das Hitler-Deutschland verheert und gedemütigt hatte, und vielleicht war sie auf Vergeltung aus. Frankreich bewies bald das Gegenteil dieser Befürchtungen, es begegnete den Tirolern trotz beschränkter Mittel als großzügiger und verständnisvoller Partner.

Abschließend noch einige Bemerkungen zur Quelle selbst. Dieser Lagebericht wurde auf Anforderung für den CIC (Counter Intelligence Corps) verfasst. Das war von 1945 bis 1965 die Organisation des amerikanischen Heeres für militärische Spionageabwehr und Gegenspionage. Der Autor dieses Berichts, der beim Referat Sicherheit im Landhaus tätig war, ließ ihn mit Begleitschreiben vom 1. Juni 1945 abschriftlich Landeshauptmann Karl Gruber zukommen, wobei er darauf hinwies, der Lagebericht gäbe seine persönliche und nicht eine offizielle Sicht der Dinge wieder. Diesem Umstand verdanken wir, dass dieses Dokument im Tiroler Landesarchiv überhaupt existiert. Es liegt ein im Bestand **Handakten LH Alfons Weißgatterer, Position IV (unter Buchstabe S)**.

Wer war der Verfasser, ein Dr. Winter, dessen Vornamen uns fehlt? Diese Person ist nur schwer und nicht eindeutig zu identifizieren. Die Landesverwaltung war in diesen ersten Friedensmonaten ein einziges Provisorium, dessen Personal ständig fluktuierte, zumal es schwierig war, fachlich geeignetes Personal, das politisch nicht angepatzt war, zu rekrutieren. Zu diesen Männern, die vorübergehend in den Dienst des Landes traten, zählte auch unser Dr. Winter. Ein solches Dienstverhältnis lässt sich heute allerdings nicht mehr nachweisen. Aus dem Text, den uns Winter hinterlassen hat, lassen sich keine parteipolitischen Präferenzen herauslesen, aber die Diktion weist eher auf einen Sozialdemokraten denn auf einen Christlichsozialen hin. Vermutlich handelt es sich beim Autor um Dr. Otto Winter, der aus einer gestandenen sozialdemokratischen Familie stammte. Winter wurde 1901 in Wien als Sohn eines führenden Eisenbahngewerkschafters geboren. Dort absolvierte er das Studium der Rechte, das er 1927 mit der Promotion zum Dr. jur. abschloss. Sein beruflicher Werdegang führte ihn noch im selben Jahr nach Tirol, wo er bei der Arbeiterkammer in Innsbruck als zweiter Sekretär tätig wurde. Dieses Postens wurde er im März 1938 von den Nationalsozialisten enthoben, Winter musste sich als Freiberufler über die Runden bringen und wurde im November 1939 als Offizier zur Reserve der Schutzpolizei in Innsbruck eingezogen. Von 1946 bis zu seiner Pensionierung im Jahre 1966 arbeitete Winter wieder in seinem alten Beruf, er war erster Sekretär oder Kammeramtsdirektor in der Arbeiterkammer für Tirol. Winter trat auch publizistisch hervor, vorwiegend auf den Gebieten des Arbeitsrechtes und der Sozialpolitik, und amtierte über viele Jahre als Präsident des Tiroler Fußballbundes.

Wilfried Beimrohr

